

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 46 (1952)

Heft: 11

Artikel: Weltrundschau : was bringt Eisenhower? ; Krieg? ; Freiheit von Not! ; Wir müssen helfen ; Erste Ansätze ; Hindernisse und Bedingungen ; Süd- und Vorderasien ; Die Sahara ; Lateinamerika

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139683>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mensch und Verbrechen. Sonderheft «Der Psychologe», November 1952 (Verlag Gerber, Schwarzenburg).

Die Schriftleitung dieser beliebten psychologischen Monatsschrift hat schon wiederholt Sonderhefte erscheinen lassen, in denen ein einziges Thema zum Gegenstand allseitiger Erörterungen gemacht wird. Wenn es diesmal das Thema «Mensch und Verbrechen» ist, so entspricht dies sicher einem allgemeinen Bedürfnis nach einer psychologischen Schau über verschiedene aktuelle Fragen rund um die Kriminalität herum.

Es wird nicht seelenlose Kriminalistik geboten, sondern das ganze Heft kann als auf das Wort von Etienne de Graeff ausgerichtet bezeichnet werden: «Le crime est un act humain.» Programmatisch wird es eingeleitet durch einen Aufsatz über *Verbrechenvorbeugung*, eine Gemeinschaftsarbeit von H. Meng und P. Reiwald. Die schädlichen Auswirkungen von Erziehungsmängeln, schlechten Milieu- und sozialen Verhältnissen werden aufgezeigt, und man muß den Verfassern zustimmen, wenn sie feststellen, daß weder das Fürsorgewesen noch die psychohygienischen und heilpädagogischen Einrichtungen der Größe der Not und Gefahr entsprechen. Ein Aufsatz über die Kriminalität des Kleinkindes von Dr. Elisabeth Abraham und eine Untersuchung von Dr. P. Trapp über die Zusammenhänge zwischen Schund, Film und *Jugendkriminalität* weisen ebenfalls in vorbeugende Richtung.

Psychologisch fundierte Beiträge verschiedener Autoren zu Problemen des Strafrechts, des Strafverfahrens und des Strafvollzuges ergänzen das wertvolle Heft. W. B.

WELTRUNDSCHE

Was bringt Eisenhower?

Das am stärksten ins Auge fallende Ereignis der Berichtszeit ist natürlich der große Sieg General Eisenhowers und — in geringerem Ausmaß — der Republikanischen Partei bei den amerikanischen Wahlen. Und alle Welt fragt sich, was wohl dieser Sieg bedeute — nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern für die ganze Menschheit.

Er bedeutet sicher eine Wende — national und international. Halten wir vor allem fest, daß die Republikanische Partei seit zwanzig Jahren nicht mehr imstande war, mit normalen Propaganda- und Kampfmitteln die Macht im Bund zu erobern. Weithin hatte man sich auch bereits damit abgefunden — bezeichnend war zum Beispiel der Kommentar der «Neuen Zürcher Zeitung» zur Präsidentenwahl von 1948 mit Trumans überraschendem Sieg —, daß die Republikaner nun endgültig zur bloßen Opposition verurteilt seien. So sah es tatsächlich aus. Aber die so konsequent Geschlagenen selbst gaben keineswegs auf. Schließlich waren sie es doch, hinter denen die Hauptmacht des amerikanischen Kapitalismus stand — eine Macht, die das Recht beanspruchte, auch den Staatsapparat unbeschränkt zu beherrschen. Zunächst mußten sich die Republikaner und ihre Geld- und Auftraggeber freilich damit bescheiden, von innen her die Innen- wie die Außenpolitik der USA mit ihrem Einfluß zu durchdringen; die Außenpolitik namentlich wurde auch von den regierenden

Demokraten ganz offen als «Zweiparteienpolitik» anerkannt, wobei der unheilvolle John Foster Dulles eine immer wichtigere Rolle spielen durfte. Aber das Hauptziel der Republikaner mußte natürlich die Gewinnung der Präsidentschaft und der Mehrheit in der Bundesversammlung bleiben. Daß sie dieses Ziel auf den hergebrachten Wegen und mit den «bewährten» Parteimännern nicht erreichen konnten, wurde ihnen bald klar. So schauten sie denn nach neuen Methoden und neuen Männern aus — und fanden sie auch. Da war ein McCarthy, ein Nixon, ein MacCarran und die ganze Gruppe jener Demagogen, die den Antikommunismus, die Besudelung aller irgendwie liberal und fortschrittlich oder gar sozialistisch angehauchten Männer und Frauen und die fortlaufende Erregung persönlicher und politischer Skandale ganz planmäßig dazu benützten, die Demokratische Partei und ihre Regierung in Verruf zu bringen und die Rückkehr der Republikaner zur politischen Macht herbeizuführen. Da war der so überaus gerissen inszenierte MacArthur-Rummel, der die «Volksseele» richtig zum Kochen brachte. Und da war zuletzt namentlich die Einfangung und Einspannung General Eisenhowers, des «Siegers im Zweiten Weltkrieg», für die Zwecke des Präsidentschaftskampfes, als Krönung und Schlußeffekt des ganzen großangelegten Manövers, dem die republikanischen Wahlmacher vorübergehend und zum Schein sogar den obersten Parteiboss Taft opferten.

Der Plan ist über Erwarten vollständig gelungen. Auf einer Grundwelle patriotischer Massengefühle, die mit unsäglich schmutzigen Mitteln aufgerührt worden war, ist der volkstümliche General zur höchsten Macht emporgetragen worden, und er zieht nun die ganze Kohorte beutegieriger und herrschaftslüsterner Geschäftspolitiker hinter sich her. Es sind dem Grundsatz und Geiste nach durchaus faschistische Methoden, denen die Republikanische Partei der Vereinigten Staaten ihren Sieg verdankt, wie das auch Präsident Truman feststellen mußte, der in einer Ansprache am 17. Oktober Eisenhower und die Republikaner beschuldigte, «die wesentlichen Grundsätze des Faschismus und Nationalsozialismus zu verteidigen» und «die Grundlagen der amerikanischen Freiheit zu untergraben». Das ist aber eine Erscheinung, die wir alle nicht ernst genug nehmen können. «The Nation», das Organ einer sehr maßvollen und doch in ihrer Art tapferen Linksrichtung, schrieb vor den Wahlen (am 18. Oktober) mit nur zuviel Recht:

«Eisenhower hat heute die geballte wirtschaftliche, finanzielle und industrielle Macht des Landes hinter sich. Seine Kandidatur hat die amerikanische Reaktion geeint, Nord und Süd, Ost und West. Seine Gefolgschaft umfaßt die ‚wütende Rechte‘ der Republikanischen Partei, die er angeblich am Chicagoer Parteitag geschlagen hat, die Dixiekarten (reaktionären Demokraten des Südens) und darüber hinaus den halbfaschistischen Pöbel, für den McCarthy und MacArthur Helden sind. Wir haben keinerlei Zweifel mehr, daß ein Eisenhower-Sieg die sozialen Errungenschaften der letzten zwanzig Jahre gefährden und die Tür für weitere Reformen zuschlagen würde, daß er die Strömung gegen die staatsbürgerlichen Freiheiten verschärfen, den Einfluß des Militärs und des Großkapitals in der Regierung mächtig stärken und die Stellung der Dixiekarten befestigen würde.»

Krieg? Das wird sich wohl schon recht bald bewahrheiten. Wie steht es aber mit dem außenpolitischen Kurs, der von der Regierung Eisenhower zu erwarten ist? Das ist für die außeramerikanische Welt noch wichtiger. Wäre Stevenson gewählt worden, so hätte er sehr wahrscheinlich die Politik des «containment», der gewaltmäßigen Eindämmung des Weltkommunismus, wie sie Truman und Acheson unter dem Druck der republikanischen Scharfmacher eingeleitet haben, fortgesetzt — bis hin zu ihrem katastrophalen Zusammenbruch. Von Eisenhower muß man nach seinen Reden und seinem ganzen Verhalten während des Wahlkampfes befürchten, daß er, inspiriert von Dulles, MacArthur und ihren Gesinnungsgenossen, die Politik des «containment» noch übersteigern und sie — ganz logisch — zu einer Politik des «roll-back», der Zurückwerfung der Sowjetunion und Chinas auf ihre «ursprünglichen» Grenzen und der Zersetzung des Ostblocks von innen her, weiterentwickeln werde. Vielleicht hätte sich auch eine neue demokratische Regierung von den Republikanern auf diesen Weg drängen lassen; wenn ihn nun die Republikaner selbst einschlagen wollen, so hat das immerhin den Vorteil, daß sie für die Folgen auch ganz offen die Verantwortung übernehmen müssen und nicht mehr für alles, was geschieht, die Demokraten haftbar machen können, nachdem sie ihnen selber die Marschroute vorgeschrieben haben. Insofern hat der republikanische Sieg auch sein Gutes: man sieht jetzt klar, was für Kräfte die Vereinigten Staaten tatsächlich beherrschen.

Eisenhower und sein mutmaßlicher Außenminister Dulles haben ihre Absichten während des Wahlkampfes ja bereits deutlich genug enthüllt. Vor allem in jenen Reden und Erklärungen, in denen sie ihre «kalte Entschlossenheit» verkündigten, dem Kreml zu eröffnen, daß «wir niemals die geringste Fortdauer von Rußlands Stellung in Osteuropa und Asien anerkennen . . . und nie ruhen werden, bevor die versklavten Völker der Welt in voller Freiheit ihren Weg zu bestimmen das Recht haben. Dann, und erst dann, können wir sagen, daß eine Möglichkeit besteht, friedlich und dauernd mit dem Kommunismus in der Welt zusammenzuleben». Wenn Worte einen Sinn haben, so schließt dieses Programm eine friedliche Beendigung des Kalten Krieges aus; denn wer glaubt, daß die Sowjetunion und China ohne äußersten Widerstand die amerikanischen Forderungen annehmen würden? Eisenhower hat zwar hintendrein erklärt, er werde nur friedliche Mittel anwenden, um die Ostvölker zu «befreien». Aber er hat es gänzlich unterlassen, anzugeben, worin diese Mittel nun bestehen sollen. Vielleicht darin, daß, wie Foster Dulles am 27. August in Buffalo auseinandersetzte, Amerika Widerstandsbewegungen in den Oststaaten unterstützt, Maschinengewehre und Munition aus der Luft abwerfen läßt und Sabotageakte aller Art organisiert? Am 3. September sagte Dulles unmissverständlich: «Die aggressiven Gewaltherrscher müssen von innen her behindert und zum Halten gebracht werden, sonst müssen wir ihnen mit dem direkten Zusammenprall eines

Atomkrieges Halt gebieten.» Was heißt das anderes, als daß ein «direkter» Atomkrieg nur durch einen verzweifelten Versuch zum Sturz des Kommunismus in 18 Ländern Osteuropas und Asiens von innen her noch abzuwenden sei — ein Versuch, der dann eben mit Notwendigkeit auf «indirekte» Art zum Atomkrieg führen würde?

Foster Dulles befürwortet die Politik der «Zurückwerfung» ausdrücklich auch für Ostasien, wo er als Hauptbevollmächtigter für die Ausarbeitung und den Abschluß des Friedensvertrages mit Japan ja bereits Gelegenheit hatte, seine Anschauungen in die Tat umzusetzen. Am 13. Februar dieses Jahres erklärte er: «Die Vereinigten Staaten müssen den ganzen Fernen Osten wissen lassen, daß sie nicht ruhig zusehen werden, wie irgendein Teil der Welt unter der Herrschaft eines kommunistischen oder ausländischen Diktators verbleibt» — eine kaum mehr verhüllte Androhung unerbittlicher militärischer Machtentfaltung gegen die kommunistischen Staaten zwischen Elbe und Gelbem Meer. Und Eisenhower wird, nach seinen bisherigen Äußerungen zu urteilen, kaum grundsätzliche Hemmungen haben, seinen «Befreiungskreuzzug» auch auf Ostasien auszudehnen. Auf jeden Fall haben seine republikanischen Parteigenossen und Anhänger die «roll-back»-Strategie schon längst auf den Fernen Osten angewandt. Sie waren es, die — in Zusammenarbeit mit höchstgestellten Militärs — das selbstherrliche, überstürzte Eingreifen der Vereinigten Staaten in Korea durchsetzten. Sie waren es, die hinter MacArthur standen, als er sich anschickte, in die Mandschurei einzubrechen, und dadurch die Chinesen zur Intervention zwang. Sie waren es auch, die im Winter 1951 die indische Friedensvermittlung hintertrieben, für die China grundsätzlich bereits gewonnen war, und statt dessen die Brandmarkung Chinas als Angreifer in der UNO durchdrückten — eine Gelegenheit zur Beendigung des Krieges verscherzend, die seither nie wiedergekehrt ist. Und sie waren es endlich, die Tschiang Kai-shek in seinem Formosa-Réduit gegen alle Bedrohung vom chinesischen Festland her sichern ließen und alles taten, um ihn seinerseits für eine Invasion der Chinesischen Volksrepublik auszurüsten. Eisenhower und Dulles sind heute eng mit der «China-Druckgruppe», mit den Taft, Knowland, Nixon, McCarthy, MacArthur und Genossen, verbunden. Werden sie sich, wenn sie im Amt stehen, deren Einfluß besser zu entziehen wissen als die bisherige Regierung? Oder werden sie ihm nicht erst recht erliegen — auf die Gefahr hin, daß die Vereinigten Staaten über Korea und China auch mit der Sowjetunion in Krieg verwickelt werden?*

* Bereits hat Lewis K. Gough, der nationale Kommandant der Amerikanischen Legion, jenes extrem nationalistischen großen Verbandes ehemaliger Kriegsteilnehmer, vor dem Eisenhower seine ärgsten Brandreden gehalten hat, bei einem Aufenthalt in Tokio verlangt, die UNO solle den Nordkoreanern und Chinesen ein Ultimatum stellen, und wenn die Roten nicht (gemäß den amerikanischen Bedingungen selbstverständlich) Frieden schließen, «sollten wir jede verfügbare Waffe einsetzen».

Eisenhower dürfte, als Anhänger der «europäischen Schule», sein Hauptaugenmerk vorerst allerdings der beschleunigten Aufrüstung Westeuropas und insbesondere der Bonner Republik zuwenden. Aber bringt er damit Amerika nicht immer stärker in Abhängigkeit von den westdeutschen Nationalisten und Militaristen, die — genau wie er selbst — entschlossen sind, aufs neue zur «Befreiung der Ostvölker von der bolschewistischen Tyrannie» auszuziehen? Und wenn es dann zu einer akuten West-Ost-Krise käme, hätte Eisenhower genug Festigkeit und Unabhängigkeit, um ein Damm gegen die Entfesselung der Kriegsflut zu sein? Die Art und Weise, wie er während des Wahlkampfes zuerst Taft, dann McCarthy und schließlich Nixon nachgab und so immer der Linie des geringsten Widerstandes folgte, spricht nicht dafür; vermutlich würde er auch dannzumal vor dem lautesten Geschrei und dem stärksten Druck zurückweichen, um so mehr, als er eben durch und durch Militär ist und besonders in Fragen, bei denen es um Krieg und Frieden geht, kaum anders als gewaltmäßig zu denken imstande ist.

Und schließlich noch eines. Vizepräsident der Vereinigten Staaten wird Richard Nixon sein, der völlig hemmungslose Rotenhetzer und Demagoge. Zwischen ihm und der Führung des mächtigsten Staates der Welt steht «nur ein einziger aussetzender Herzschlag». Professor Fleming von der Vanderbilt-Universität in Nashville (Tennessee) fragt angstvoll in der «Nation» (25. Oktober):

«Wenn unsere riesenhafte Kriegsmaschine fertig ist, wird es dann Nixon sein, der sie kommandiert? Sollte dieser abenteuerliche junge Mann im Weißen Hause sein, wenn eine ernste Krise im Kalten Krieg kommt, was würde er tun? Könnte jemand ruhig in seinem Bett schlafen, während darüber entschieden wird? Die statistische Möglichkeit, daß Nixon Präsident wird, ist nicht gering.»

In der Tat, eine beklemmende Aussicht — auch schon im Blick auf das, was Eisenhower, Dulles und nicht zuletzt MacArthur (wenn dieser Mann Wehrminister werden sollte) zu tun imstande sind! Gewiß: «Jacobin ministre n'est pas ministre jacobin» («wenn ein Jakobiner Minister wird, so ist er damit noch kein jakobinischer Minister»). Aber was wir bisher von den Männern wissen, die in wenigen Wochen die Regierung der Vereinigten Staaten in die Hand nehmen werden, läßt befürchten, daß sich die Außenpolitik der Vereinigten Staaten einem Punkt nähert, von dem es keinen Weg zurück zu halbwegs friedlichen Methoden mehr gibt. Der Umschwung in den USA muß uns auf jeden Fall zur höchsten Wachsamkeit aufrufen und sollte vor allem die westeuropäischen Völker anspornen, ihr Schicksal von der amerikanischen Machtpolitik zu trennen. Die westliche Menschheit hat Besseres zu tun, als ihre Kraft in Kriegsrüstungen zu vergeuden und ihr Leben dadurch in äußerste Gefahr zu bringen! Um heute nur die eine gewaltige Aufgabe wieder zu nennen, der sie nicht ausweichen kann, ohne sich das Urteil selber zu sprechen, so wird es allen verantwortlich Denkenden unter uns immer deutlicher bewußt, daß sich an unserer Fähigkeit, den anderthalb Milliarden

entsetzlich leidender Mitmenschen in Asien, Afrika und Amerika Hilfe zu bringen, recht wohl die ganze Zukunft der westlichen Kulturwelt entscheiden mag.

Freiheit von Not! Schon in der «Weltrundschau» des März/Aprilhefts haben wir an Hand eines, wie wir hoffen, eindrücklichen Tatsachenmaterials auf dieses «vordringlichste Problem, das sich auf gesellschaftlichem Gebiete der Menschheit des 20. Jahrhunderts stellt», hingewiesen und in Aussicht genommen, die praktischen Möglichkeiten seiner Lösung zu beleuchten. Das soll nun, wenigstens in gedrängtester Form, geschehen. Nur zur Gedächtnisauffrischung sei zuvor nochmals betont, wie brennend notwendig die Befreiung der «unterentwickelten» Völker (wie man verhüllend sagt; richtiger wäre es, von ausgebeuteten und niedergehaltenen Völkern zu reden) aus ihrer Not geworden ist.

Zwei Drittel aller Männer, Frauen und Kinder auf unserer Erde führen ein Leben, das von Hunger, Mangel an Kleidung und Obdach, von Schmutz, Krankheit und frühem Tod bedrängt ist und jeglicher menschlichen Kultur entbehrt. Das Statistische Amt der Vereinten Nationen hat im Jahre 1949 festgestellt, daß beispielsweise auf den Kopf der Bevölkerung von Süd- und Südostasien ein Jahreseinkommen von kaum 55 Dollar (etwa 240 Schweizer Franken) entfällt, gegen 773 Dollar in Großbritannien, 849 Dollar in der Schweiz und gar 1453 Dollar in den Vereinigten Staaten — 26mal mehr! Dabei vermehrt sich die Bevölkerung dieser Elendsländer — nicht nur in Asien, sondern auch in Afrika und Lateinamerika — außerordentlich schnell; jede Stunde kommen 2000 bis 3000 hungrige Mäuler neu hinzu, so daß die Weltbevölkerung, die heute etwa 2,2 Milliarden Menschen umfaßt, bis Ende des Jahrhunderts zwischen drei und vier Milliarden betragen wird. Der Mangel an Lebensmitteln, unter dem die zurückgebliebenen Völker leiden, droht also mehr und mehr auch die jetzt noch wohlhabenden Nationen zu ergreifen, kennt doch der Hunger soweit Landesgrenzen wie die Pest. Buenos Aires, die Hauptstadt eines der viereichsten Länder der Erde, hat bereits fleischlose Tage eingeführt — ein Alarmzeichen, das auch uns zur Besinnung rufen sollte. Trygve Lie, der Generalsekretär der UNO, hat unlängst (am 20. Oktober in Neuyork) nicht ohne Grund gesagt: «Wir stehen hier einer der größten Gefahren unserer Zivilisation gegenüber. Entweder müssen wir wirksame Mittel finden, ihr friedlich zu begegnen, oder wir werden in eine Reihe heftiger Erschütterungen hineingeschleudert werden, die ein weitverbreitetes Chaos mit sich bringen würden.»

Die Not der besitzlosen Völkermassen hat, besonders in Asien und Afrika, eine eigentlich revolutionäre Lage geschaffen. Und zwar vollzieht sich die Umwälzung, die da im Gang ist, nicht in der Form der «industriellen Revolution» Westeuropas und der damit eng verknüpften politischen Revolutionen des kapitalistischen Bürgertums. Es sind proleta-

rische Revolutionen mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, die in den rückständigen Ländern ausgebrochen sind oder sich vorbereiten, und gleichzeitig *nationale* Revolutionen, die sich gegen die kolonial-imperialistische Ausbeutung durch die älteren Industrieländer richten. Das Stadium des europäisch-amerikanischen Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie wird — aufs Ganze gesehen — einfach übersprungen; vom Feudalismus und primitiven, unentwickelten Raubkapitalismus geht es, wie in Rußland, unmittelbar in eine Plan- und Gemeinwirtschaft kommunistischer Prägung hinein.

Die Völker erwachen in der Tat mehr und mehr zum Bewußtsein ihres Menschentums, ihrer menschlichen Würde, ihrer menschlichen Rechte. Und was L. Ragaz vor mehr als zwei Jahrzehnten von den Anfängen der asiatischen Revolution gesagt hat, das gilt heute erst recht von ihren entfalteten Formen: «In der antiken Welt gibt es wohl soziale Revolten, aber keine soziale Bewegung; in Japan, China, Indien beginnt die Auferstehung des längst vorhandenen Proletariates in dem Augenblick, wo ein Strahl von Christus darauf fällt.» («Von Christus zu Marx — von Marx zu Christus», Seite 77.) Auch in Rußland wäre ja der Kommunismus ganz undenkbar gewesen ohne die vom Westen her eingedrungenen, wenn auch ganz verweltlichten christlichen Gedanken und ohne das christliche Erbe des russischen Volkes selber.

Wir müssen helfen Die ausgebeuteten Völker suchen sich also zunächst selber zu helfen, und zwar nicht allein auf politisch-revolutionäre Art im nationalen Rahmen, sondern auch in ganz bescheidenen, eng begrenzten Formen: in einem einzelnen Dorf, in mehreren Dörfern zusammen oder höchstens in einem einzelnen Bezirk. Es kommt dabei, wie «War on Want» («Krieg gegen die Not») sagt, das treffliche Büchlein, das aus den Studien eines von Harold Wilson präsidierten britischen Ausschusses von Sachverständigen hervorgegangen ist, es kommt dabei «immer auf die Eingebung eines Einzelnen oder einer ganz kleinen Arbeitsgruppe von Männern und Frauen an, und die Hauptache ist, in den Menschen der untersten Stufe den Glauben zu wecken und zu schaffen, daß sie es trotz geringem oder gar keinem Beistand und Rat von außen selbst in der Hand haben, mit der Verbesserung ihres Loses anzufangen». Solche Versuche sind besonders in Ost-Nigeria und an der Goldküste unternommen worden, aber auch in Süd-Rhodesia, Uganda, Sarawak (Indonesien) und auf den Fidschiinseln.

Aber alle Selbsthilfe der Notleidenden entbindet uns nicht von der Pflicht zur Nächstenhilfe. Schon aus einfacher menschlicher Verantwortung müssen wir Bevorzugten ihnen helfen. Aber auch aus Eigennutz. Vollbeschäftigung, Hebung unserer eigenen Lebenshaltung, langfristige Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen — das alles ist nur möglich, wenn die 1500 Millionen «Unterentwickelten» ein gedeihliches Leben gewinnen. Dazu insbesondere: «Der Angriff auf die Weltarmut

ist der hoffnungsvollste und vielleicht der einzige Weg, der zum Weltfrieden führen könnte.» («War on Want», Seite 10.) Und wenn die westliche Welt vor dem Kommunismus Angst hat, so hat sie die beste Gelegenheit, dieses Gespenst zu verscheuchen, indem sie durch großzügige und tatkräftige Hilfe an die notleidenden Völker den Anreiz beseitigt, sich mit den Methoden der kommunistischen Revolution aus ihrem Elend helfen zu lassen.

Gegen solche Hilfe wird zwar jetzt oft der Einwand erhoben, man fördere damit nur die «kaninchenhafte» Vermehrung der farbigen Rassen. Aber auch wenn man lediglich von kalt-bevölkerungspolitischen Überlegungen ausgehen wollte, so wäre dieser Einwand kaum stichhaltig. Mit der Hebung des Wohlstands und der Kultur der bisher notleidenden Völker würde sich nach allen Erfahrungen auf diesem Gebiet bald auch die Bevölkerungszunahme verlangsamen — vorausgesetzt, daß die Industrialisierung und Modernisierung der Wirtschaft in Verbindung mit einer wirksamen Sozialreform energisch genug vorwärts getrieben würde. Anderseits böte die planmäßige Erschließung der zurückgebliebenen Länder derartige Möglichkeiten einer Vermehrung der Nahrungsmittelerzeugung, daß der Bevölkerungsdruck bald nicht mehr gefährlich wäre. Sicher ist jedenfalls, daß ohne eine weltweite Aktion zur Eindämmung der Not der unterentwickelten Völker auch die heute wohlhabenden Nationen mehr und mehr selbst in Not kommen müßten.

Erste Ansätze Die Hilfsaktion hätte vor allem die Modernisierung der Landwirtschaft in den zurückgebliebenen Ländern und damit die Steigerung des Ertrags an Lebensmitteln ins Auge zu fassen. Dazu käme eine planmäßige Industrialisierung, sowohl als Selbstzweck wie zur Aufnahme der überschüssigen Landbevölkerung. Gleichzeitig wären Verkehrsmittel, Handelseinrichtungen und Kraftwerke auf- und auszubauen, ja, sie stellen vielfach die Voraussetzung für die Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie dar. Ebenso nötig ist die Einrichtung von Schulen und der Aufbau der wesentlichen Gesundheits- und Sozialdienste, schon im Hinblick auf die Bedürfnisse einer zeitgemäßen Wirtschaft. Und schließlich, aber nicht als am wenigsten wichtig, müssen ausreichende Kapitalien für die Durchführung all dieser Reformen zur Verfügung gestellt werden. Wenn man will, ist das sogar die Hauptsache, sind doch alle bisherigen Pläne für die Hebung der unterentwickelten Völker vor allem aus Mangel an Bereitschaft, das erforderliche Kapital flüssigzumachen, schon in den Anfängen steckengeblieben.

Es ist wirklich eine Leidensgeschichte, die sich einem enthüllt, wenn man das Schicksal der bisher unternommenen Hilfsaktionen verfolgt. Das gilt nicht allein von den Unternehmungen, die einzelne Kolonialmächte — insbesondere Großbritannien — oft mit viel gutem Willen ins Werk gesetzt haben, um ihre farbigen «Schutzbefohlenen» einem jahrhundertelangen Elend zu entreißen. Es gilt namentlich auch von den Ansätzen zu

einer internationalen Hilfstätigkeit, wie sie die Vereinten Nationen zu entwickeln suchten, zuerst mit der UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) am Schluß des Zweiten Weltkrieges, deren segensreiche Arbeit schon 1947 zum Stillstand gebracht wurde, weil die Vereinigten Staaten keine weiteren Geldmittel liefern wollten; aber auch die seither von der UNO und ihren Unterorganisationen (Wirtschafts- und Sozialrat, Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, UNESCO, Weltgesundheitsorganisation, Kinderhilfe, Internationale Wiederaufbau- und Entwicklungsbank, Internationaler Währungsfonds usw.) in Angriff genommenen Pläne haben noch lange zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Es fehlte und fehlt immer wieder vor allem an der Bereitwilligkeit der reichen Länder, ein Mindestmaß an Kapital für solche Zwecke aufzubringen. Der amerikanische Delegierte Mansfield sagte es an der Generalversammlung der UNO im Januar 1952 gerade heraus: «Solange die Rüstungsausgaben auf ihrer gegenwärtigen Höhe bleiben, können die Vereinigten Staaten keinerlei Beitrag für einen solchen Fonds (zur wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebener Gebiete) leisten.»

Aus dem gleichen Grund ist der berühmte Punkt 4 des Regierungsprogramms von Präsident Truman, um den herum so viel Reklame gemacht wurde, in der Hauptsache auf dem Papier stehen geblieben; für Krieg und Rüstung geben die Vereinigten Staaten in diesem Jahr 30 000-mal mehr aus als für die Hilfe an Elendsgebiete. Auch der Colombo-Plan der Britischen Staatengemeinschaft, der im Mai 1950 als Generalangriff auf Armut und Rückständigkeit in Süd- und Südostasien beschlossen wurde, ist nicht nur in seiner Zielsetzung unzulänglich (er könnte auch bei voller Ausführung höchstens Nahrung für die jedes Jahr neu zuwachsende Bevölkerung schaffen); auch innerhalb dieses bescheidenen Rahmens droht er aus Geldmangel zu scheitern, weist doch schon das erste Betriebsjahr ein Defizit von annähernd zwei Milliarden Franken auf. Für eine minimale Hilfe an alle unterentwickelten Länder, die den Wirtschaftsertrag auch nur um zwei Prozent pro Kopf der Bevölkerung steigern könnte, wären nach einer Schätzung der UNO-Sachverständigen rund 19 Milliarden Dollar im Jahr erforderlich. Von außen her müßten dazu 10 Milliarden Dollar beigesteuert werden; bis jetzt steht aber dafür höchstens eine Milliarde privates Anlagekapital zur Verfügung, und auch davon gehen drei Viertel in die paar Länder, die ausbeutbare Oelvorkommen besitzen. Für die Entwicklung von Ländern, aus denen keine Oelprofite geholt werden können, bleiben höchstens einige wenige hundert Millionen Dollar privates Anlagekapital übrig.

Hindernisse und Bedingungen

Damit sind auch bereits zwei wesentliche Hindernisse für den Erfolg internationaler Hilfsaktionen auf der bisherigen Grundlage angegeben. Einmal: die sich immer noch steigernden Ausgaben der hoch-

entwickelten Länder des Westens für Kriegsrüstungen. Solange diese weitergehen, ist jede wirksame Hilfe an die unterentwickelten Völker ausgeschlossen. Sodann: das Vorwiegen *privatkapitalistischer Erwerbsinteressen*. In seinem Buch «Bold New Program» («Kühnes Neues Programm»), das Trumans Punkt vier gewidmet ist, zeigt sich zwar der Amerikaner Willard R. Espy überzeugt, daß für die Hebung der zurückgebliebenen Länder «eine der am meisten dynamischen Kräfte in der Welt, das Eigeninteresse des amerikanischen Geschäftsmannes», eingespannt werden müsse. Aber das ist kaum noch etwas anderes als ein Rest des alten, zusammengebrochenen kapitalistischen Wunderglaubens. Mit kapitalistischen Methoden kann die Not der anderthalb Milliarden Menschen, denen es zu helfen gilt, nicht behoben werden, und die Amerikaner, die wähnen, was in ihrem Land (bisher) Erfolg hatte, müsse sich auch in der übrigen Welt bewähren, gehen verhängnisvoll irre. Ein weitblickiger Amerikaner, der verstorbene Lincoln Steffens, sagte einmal, in Abwandlung eines gern gebrauchten Spruches: «Nichts ist so unzuverlässig wie der Erfolg.» Das Privatkapital sucht Profit und nur Profit. Und wenn sich Eigennutzen und Gemeinnutzen unter bestimmten Voraussetzungen und in einem gewissen Maß auch zu decken scheinen, so ist das doch gerade bei der Hilfeleistung für die Armutsländer — der größten gemeinnützigen Aufgabe, vor die sich bisher Menschen gestellt sahen — nicht der Fall. Das Privatkapital interessiert sich um die Entwicklung der zurückgebliebenen Länder nur insoweit, als es sich dabei Gewinn verspricht, und zwar hohen Gewinn, weil die Rechtsunsicherheit, der Mangel an Verkehrsmitteln und Verkehrswegen, die weiten Entfernung bis zum Mutterland und anderes mehr seine Tätigkeit in diesen Gebieten verhältnismäßig riskant erscheinen lassen. Und selbst wenn sich das «freie Unternehmertum» auf die Erschließung der rückständigen Länder einläßt, so kann es — siehe die oben erwähnten Feststellungen der UNO-Experten — dafür nicht entfernt so viel Anlagekapital aufbringen, wie auch nur für eine ganze bescheidene Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung nötig wäre. Es versagt insbesondere fast vollständig, wenn es sich darum handelt, Straßen, Eisenbahnen, Bewässerungsanlagen und Kraftwerke zu bauen, Schulen und Spitäler einzurichten, landwirtschaftliche Versuchsstationen zu schaffen, die Wohnverhältnisse zu sanieren — lauter Aufgaben, die wesentlich mit zur Entwicklung der Notgebiete gehören und die sogar weithin die Voraussetzung für die Ingangsetzung einer gesunden, ergiebigen Wirtschaft sind.

Nein, das Privatkapital kann immer nur ausbeuten und profitieren, mit Wohlstandssteigerung höchstens als Nebenprodukt, und hier handelt es sich eben einmal um wirkliche Hilfe, in erster Linie um uninteressierte Hilfe, die geleistet werden muß, auch wenn sie zunächst gar nicht «rentiert», die aber freilich auf die Länge auch im Interesse der Helfenden selber liegt. Das Privatkapital der wohlhabenden Länder wird immer den Weg des Kolonialismus und Imperialismus gehen, und darum wird

es sich auch immer mit den Besitzinteressen und Herrschaftsmächten der unterentwickelten Länder selbst verständigen — gegen die Völker, denen geholfen werden muß. Das aber ist seinerseits das dritte große Hindernis für einen erfolgreichen Kampf gegen die Völkernot: das Weiterbestehen *reaktionärer Herrenklassen und Regierungen*, die dem Elend ihrer Untertanen gar nicht wehren wollen. Der Bericht der UNO-Experten sagt es deutlich genug:

«Nach unserem Urteil gibt es eine Anzahl unterentwickelter Länder, worin die Zusammenballung wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen einer kleinen Kernklasse, deren Hauptinteresse die Erhaltung ihres Reichtums und ihrer Vorrechte ist, die Aussicht auf einen größeren wirtschaftlichen Fortschritt verschließt, bis eine soziale Revolution eine Neuverteilung von Einkommen und Macht bewirkt hat.»

Die Bedingungen, die erfüllt werden müssen, wenn den notleidenden Völkern wirklich geholfen werden soll, sind also im wesentlichen dreifacher Art:

1. Die Kriegsrüstungen müssen eingestellt und damit die notwendigen Geldmittel für die internationale Hilfs- und Solidaritätsaktion freigestellt werden. (Was seinerseits zur Voraussetzung hat, daß der militärische Kampf gegen den Kommunismus als widersinnig erkannt wird.)

2. Die Ausbeutung und Beherrschung der unterentwickelten Länder durch den kapitalistischen Kolonialismus und Imperialismus muß durch die Zusammenarbeit der wohlhabenden Völker und ihrer Regierungen zum Zweck planvoller Erschließung der Hilfsquellen jener Länder und der Befreiung ihrer Bewohner von Furcht und Not ersetzt werden. Als oberstes Organ für die Erfüllung dieser gewaltigen Aufgabe ist eine Weltkörperschaft einzusetzen, die die Tätigkeit aller schon bestehenden internationalen Hilfsorganisationen zusammenzufassen und zu erweitern hat.

3. Eine Revolution der Besitz- und Machtverhältnisse in den rückständigen Ländern muß saubere, unbestedliche Regierungen ans Ruder bringen, die die gesellschaftliche Befreiung und menschliche Kultivierung ihrer Völker als ihre entscheidende Aufgabe ansehen. Und die wirtschaftlich und kulturell hochentwickelten Völker müssen diese Revolution mit allen zweckmäßigen Mitteln ermutigen und unterstützen.

Süd- und Vorderasien

Ein paar wenige Beispiele, die um ein Vielfaches vermehrt werden könnten, mögen ganz skizzenhaft andeuten, welch riesenhafte Möglichkeiten einer Erschließung unterentwickelter Länder der Verwirklichung harren, wenn die genannten Voraussetzungen erfüllt werden. Einmal Südasien, insbesondere Indien. Die heutige Lage der Masse des indischen Volkes ist, wie man weiß, schlechthin unmenschlich. Das indische Mädchen, das mit zwölf Jahren heiratet, weiß, daß es zehn oder mehr Kinder zur Welt bringen muß, von denen mindestens vier in den ersten Lebensjahren sterben.

Der Mann aber kämpft auf seinem elenden Fetzen Land lebenslang vergebens gegen den Hunger (die Hungersnot in Bengalen von 1943 kostete anderthalb Millionen Menschen das Leben); mit durchschnittlich 23 Jahren stirbt er. Dabei geht Reis, das Hauptnahrungsmittel, massenhaft zu grunde, teils durch Schädlinge und Dürre, teils durch falsche Vorratshaltung; man rechnet allein für Indien mit einem jährlichen Verlust von 12 Millionen Tonnen — viermal soviel, als Reis in den Welthandel kommt. Tierseuchen wie die Rinderpest, die in Asien alljährlich zwei Millionen Haupt Vieh tötet, tun das Ihre, um das Elend noch zu vergrößern.

Aber schon mit einer Steigerung des Ernteertrages um 10 Prozent könnte das indische Bauernvolk über die Hungergrenze emporgehoben werden. Und das ist möglich. D. R. Sethi, Direktor der Abteilung für Landwirtschaft im indischen Wirtschaftsministerium, schätzt, daß der Bodenertrag allein durch Bewässerung um 50 oder 100 Prozent erhöht werden könnte, durch zweckmäßige Düngung noch um weitere 20 oder 30 Prozent. Vom anbaufähigen Boden Indiens liegen jetzt volle 26 Prozent brach. Die Regierungspläne nehmen denn auch eine Steigerung der Nahrungsmittelerzeugung zunächst einmal um 25 Prozent in Aussicht. Was die Industrialisierung betrifft, so setzt sich der sogenannte Bombay-Plan zum Ziel, innert 15 Jahren eine Verdreifachung des Gesamtein-
kommens aus industrieller Produktion zu erreichen. Wesentlich dabei ist die Errichtung eines ganzen Systems von Kraftwerken, sind doch bisher kaum 5 Prozent der Wasserkräfte Indiens und Pakistans ausgenutzt. Mit ihren 400 Millionen Menschen verbrauchen die beiden Länder in einem ganzen Jahr nur ebensoviel Elektrizität wie die 150 Millionen Amerikaner in einer einzigen Woche. 90 Prozent der Bevölkerung verbrauchen überhaupt keinerlei Elektrizität. Die Errichtung von Staudämmen und Talsperren an den meisten großen Flüssen Indiens nimmt darum einen wichtigen Platz in den Projekten für die wirtschaftliche Hebung des Subkontinents ein. Eine Vervierfachung der gegenwärtigen Stromerzeugung im Lauf eines Jahrzehnts sollte nichts Unmögliches darstellen. Nur — woher die Geldmittel bekommen? Und wie den politischen Umschwung bewerkstelligen, der mindestens für eine Neuverteilung des Bodenbesitzes — diese unerlässliche Bedingung einer dauernden Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion —, wenn nicht auch für eine industrielle Planwirtschaft Voraussetzung ist?

In Vorderasien stellt die Kulturarbeit Israels bereits eine eigentliche Musterleistung für alle Nachbarvölker dar. Damit aber Palästina wieder zu dem Land wird, darin Milch und Honig fließen, bedarf es noch großer wirtschaftlicher und sozialer Umgestaltungen. Eine Hauptrolle dürfte dabei der von Dr. Lowdermilk, dem amerikanischen Fachmann für Bodenverbesserung (in seinem aufschlußreichen, anregenden Buch «Palestine, Land of Promise» — «Palästina, das verheißene Land»), entwickelte Plan einer Nutzbarmachung der Wasserkräfte des Jordans und zugleich des

höher als die Jordansenke gelegenen Mittelmeeres zu spielen berufen sein. Eine Zusammenarbeit von Juden, Arabern, Libanesen, Jordaniern und Syrern wäre allerdings Voraussetzung für das Gelingen des kühnen Planes. Die bewässerte Bodenfläche könnte dadurch nicht nur von jetzt 100 000 auf 700 000 Acres gebracht werden, sondern auf mindestens 900 000 Acres mit einer zusätzlichen Bevölkerung (gegenüber dem heutigen Stand) von zwei bis drei Millionen Menschen.

Eine noch viel lockendere Aufgabe stellt die Wiedererschließung des Euphrat-Tigris-Tales dar. Das alte Zweistromland, die Mutter großartiger Kulturen, zählte in seiner Blütezeit etwa 30 Millionen Einwohner. Das heutige Irak ernährt meist kümmерlich kaum den sechsten Teil dieser Bevölkerungszahl. Und zwar verfiel Babylonien nicht durch Auswaschung wie Ägypten, sondern einfach durch die Vernachlässigung des einstigen Bewässerungssystems, das eine energielose Rasse nicht mehr zu unterhalten und zu nutzen imstande war.

An Projekten für die Neubewässerung des ganzen riesigen Gebietes fehlt es denn auch keineswegs. Das umfassendste ist dasjenige des New Yorker Ingenieurs Lazarus White, das nicht nur dem Irak, sondern auch dem Libanon, Syrien, Palästina, Jordanien und der Türkei zugute käme und das ganze Jordantalprojekt in sich aufnehmen könnte wie ein Strom einen Nebenfluß. (Vergleiche darüber das erwähnte Buch von Espy, Bold New Program, Seite 158.) Wesentlich bescheidener ist das Aufbauprogramm der irakischen Regierung, das sich auf ein fachmännisches Gutachten der Internationalen Wiederaufbaubank stützt. Darin steht im Vordergrund eine planmäßige Gewässerkorrektion mit Staudämmen und Kanälen, in Verbindung mit der Entwässerung versumpften und versalzten Landes. Durch gleichzeitige Modernisierung der Landwirtschaft, Aufforstung und Bodenverbesserung soll der anbaufähige Boden verdreifacht oder sogar vervierfacht werden. Anderseits wäre die Entwicklung der unermeßlichen Erdölvorkommen und die allgemeine Industrialisierung des Landes, zusammen mit dem Bau von Straßen, Brücken, Eisenbahnen, Telegraphen- und Telephonlinien, Kraftwerken, sanitären Einrichtungen, Spitäler, Wohnhäusern, Schulen usw., geeignet, den Wohlstand und die Zivilisation Iraks auf eine Höhe zu heben, die das Land auch im Altertum nie zu erreichen vermochte. Die zwei Milliarden Schweizer Franken, welche die Ausführung der ersten Etappe des Programms kosten würde, scheinen dank der Mitwirkung ausländischer Petrolgesellschaften aufgebracht werden zu können, und die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 2304 vom 20. Oktober 1952), der wir diese Angaben entnehmen, stellt denn auch für die nächsten Jahre «interessante Geschäfts- und Arbeitsgelegenheiten» in Aussicht. Aber wenn auch hier ein Fall vorliegt, wo das gewinnsuchende Privatkapital einzuspringen bereit ist, so ist doch der Zweifel erlaubt, ob auf die Länge Irak und Vorderasien überhaupt auf die Höhe gebracht werden können, ohne daß eine

Weltplankungskörperschaft, über alle kapitalistischen Interessen hinweg, das große Kulturwerk an die Hand nimmt und für seine Finanzierung sorgt.

Die Sahara Im Heft 3/4 des laufenden Jahrgangs der «Neuen Wege» berichtete Karl Loewy über den Kampf, den kühne Männer gegen die Wüste führen. «Sie wühlen — so sagt er — in der Sahara, um die Schleusen des gewaltigen unterirdischen Meeres zu öffnen, das unter ihrer Sanddecke liegt; sie säubern Zisternen aus der Römerzeit, damit die Einöden Libyens wieder eine Kornkammer werden wie zu den Zeiten Karthagos, der griechischen Kolonisation und der Römerzeit.» Und er ist überzeugt: «Würde es gelingen, den Krieg gegen die Wüste zum dritten Weltkriege zu machen, dann würde sich das Schicksal der Menschheit grundlegend anders gestalten.» Einleitende Scharmützel in diesem Krieg sind längst an verschiedenen Orten im Gang. Gerade gegenwärtig sind die Franzosen in Tunis an der Durchführung eines Fünfjahresplanes, um durch Bewässerung 437 500 Acres Neuland und 150 Millionen Kilowattstunden Elektrizität zu gewinnen. Aber was ist das gegen die durchaus nicht phantastische Aufgabe, die ganze Sahara ins Leben zurückzubringen und die biblische Prophezeiung wahrzumachen: «Freuen sollen sich die Wüste und das dürre Land, frohlocken die Steppe und blühen! Gleich der Narzisse sollen sie blühen und frohlocken, ja, frohlocken und jubeln!»

Schon vor Jahrzehnten hat Dwight Braman von Boston einen Plan entworfen, wonach das Wasser des Mittelmeeres durch lange Kanäle in die Sahara geleitet und durch Eindämmung der Flüsse, die jetzt vom Atlasgebirge südwärts strömen, ein Binnenmeer geschaffen werden soll, das von Biskra bis zur Ostküste von Tunis reichen würde. Eine Kultur würde hier aufblühen, wie sie seit 2000 Jahren in Nordafrika nicht mehr bestanden hat, so meinen die Anhänger des Projektes, und kaum zu Unrecht. Dann ist da der sogenannte Labonne-Plan, der weite Flächen der Sahara durch Anbohrung des unterirdischen Meeres in landwirtschaftliche Nutzflächen verwandeln will. Es gibt ferner ein Projekt, das den Bau gewaltiger Staudämme am Viktoria- und Tanasee vorsieht mit dem Zweck, die Wasserführung des Nils zu regulieren — eine lebenswichtige Sache für Ägypten — und eine Sumpfentwässerung größten Ausmaßes im Sudan vorzunehmen, verbunden mit Energiegewinnung für ganz Ostafrika. Und man spricht von dem Plan Soergel, der die allmähliche Absenkung des Wasserspiegels im Mittelmeer und die Bildung zweier Binnenmeere in Zentral- und Ostafrika durch Stauung und Umleitung des Kongo und des Sambesi vorschlägt, wodurch nicht allein das Klima Afrikas grundlegend verändert, sondern auch unvorstellbare Energiemengen freigesetzt würden. Lauter Entwürfe, die technisch wohl zu verwirklichen wären, denen gegenüber aber das «freie Unternehmertum»

völlig versagen müßte (es würde höchstens zu einem neuen Suezkanal-Schwindel oder zu einem Panamaskandal vermehrten Ausmaßes reichen) und an deren Ausführung die Herrschenden unserer Tage erst herantreten werden, wenn sie dringendere Aufgaben erledigt haben, mit denen sie jetzt beschäftigt sind, so die Aufrüstung zum nächsten Krieg . . .

Lateinamerika Unabsehbare Möglichkeiten wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung bieten auch die Länder Lateinamerikas, deren eingeborene Bevölkerung meistens unter erbarmungswürdigen Verhältnissen dahindämmert. Nehmen wir Brasilien. Eine amtliche Planungskommission hat schon vor acht Jahren ein Programm ausgearbeitet, um das Volkseinkommen innert 15 Jahren zu verfünfachen. Bis heute ist kaum ein Anfang zu dessen Verwirklichung gemacht. Zu den größten natürlichen Reichtümern des Landes gehören seine Wasserkräfte. Der Paranástrom zum Beispiel, im Süden, stürzt über sieben Fälle ab, deren Kraft über eine Million Kilowatt elektrische Energie erzeugen könnte. Einer davon, derjenige von Iguassu, gehört zu den vier größten Wasserfällen der Erde, ist aber bisher völlig ungenutzt. Nur sieben Prozent der brasilianischen Wasserkräfte werden jetzt zur Gewinnung elektrischer Kraft herangezogen; die elektrische Energie des Landes stammt vor allem aus Holz, da die einheimische Kohle schlecht und spärlich ist und die Öl vorkommen meist unerschlossen sind. Ein vorläufiger Plan sieht die Verdoppelung der Krafterzeugung mit einem Kostenaufwand von 500 Millionen Dollar vor. Wird das Geld zusammengebracht werden?

Einer fast märchenhaften Entwicklung wäre das Becken des Amazonas fähig, des weitaus größten Stromes der Welt. In seinem Bett fließt ein Fünftel alles Frischwassers der Erde; sein Einzugsgebiet ist fast so groß wie die ganzen Vereinigten Staaten. Die Naturschätze des Amazonasbeckens — Holz, Öl, Gummi, Nüsse, Palmfibern usw. — sind überhaupt noch nicht zu ermessen. Aber an ihre Nutzbarmachung ist nicht zu denken, solange Malaria, gelbes Fieber, Pocken und andere Krankheiten dort wüten und eine feindliche Menschen- und Tierwelt in den Urwäldern jedem Kultivierungsversuch trotzt. Hat das Privatkapital den geringsten Anreiz, hier zu «arbeiten»?

Die Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse ist überhaupt eine Vorbedingung für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in Lateinamerika. In Brasilien ist die Kindersterblichkeit fünfmal so hoch wie in Nordamerika. Vor drei Jahren gab es in ganz Mexiko nur zehn gut ausgebildete Krankenpflegerinnen; 62 Prozent aller Häuser hatten weder Kanalisation noch fließendes Wasser. In Französisch-Guayana leidet der zehnte Teil der Bevölkerung an Aussatz. Und so fort. Wiederum: Was für ein Interesse sollte das «freie Unternehmertum» daran haben, hier andere Zustände zu schaffen? Wenn es an zahlreichen Orten mit dem

Gesundheitszustand besser geworden ist, so dank dem Eingreifen öffentlicher oder gemeinnütziger Körperschaften.

Auch die Bodenreform, ohne die in Lateinamerika so wenig ein wirtschaftlicher Aufschwung möglich ist wie in Asien oder Afrika, kommt nirgends vom Fleck, solange die feudalen und kapitalistischen Besitzinteressen vorherrschen. In Guatemala zum Beispiel ist von zwei Millionen Menschen, die aus der Landwirtschaft leben müssen, die Hälfte besitzlos. Die Lage der Kleinbauern, Pächter und Landarbeiter ist allmählich unerträglich geworden. Was wunder, wenn in den letzten Jahren eine kräftige kommunistische Bewegung entstanden ist? Unter ihrem Druck plant jetzt die Regierung — Staatspräsident ist übrigens ein Mann von teilweise schweizerischer Herkunft, Arbenz — die Beschlagnahme der großen Landgüter und Plantagen, die wegen ihres Umfangs oft nicht einmal bebaut werden, und die Verteilung des freiwerdenden Bodens an das Landproletariat. Was bei zweckmäßiger Arbeit aus dem Boden herausgeholt werden kann, haben nordamerikanische und guatemalensische Pflanzer bewiesen, die einzig mit sorgfältig ausgewähltem Saatgut den Kaffee-Ertrag innert kurzem verdoppelten und verdreifachten. In San Salvador hat in einem Fall verbesserte Düngung die Getreideernte gleich verdreifacht. Ähnliche Fortschritte sind auch in anderen mittel- und südamerikanischen Ländern gemacht worden. (Vergleiche Espy, Bold New Program, Seite 106 ff.) Aber es handelt sich meistens um Einzelfälle. Großzügige Hebung von Wirtschaft und Kultur ist hier wie in allen unterentwickelten Ländern der Erde erst zu erwarten, wenn der Widerstand der reaktionären Herrschaftsklassen gebrochen sein und sich in den wohlhabenden, hochentwickelten Ländern eine Politik durchgesetzt haben wird, die in Hinsicht auf die «rückständigen» Völker nicht mehr von kapitalistischen Privatinteressen bestimmt ist, sondern vom Geiste der Solidarität und der Hilfsbereitschaft.

Dabei haben vor allem wir westlichen Völker keine Zeit mehr zu verlieren. Wie die Verfasser von «War on Want» nachdrücklich betonen, müssen wir jetzt zu einem Entschluß kommen, wenn überhaupt ein Weltplan möglich sein und in absehbarer Frist wirksam werden soll. Bringen wir die Einsicht und Tatkraft dafür nicht auf, dann steht es mit der Sache des Weltfriedens schlecht. Und dann wird auch niemand erstaunt oder entrüstet sein dürfen, wenn die notleidenden Völker sich mit den gleichen Mitteln zu helfen und helfen zu lassen suchen, die in der Sowjetunion, dann im übrigen Osteuropa und nun in China angewandt wurden und werden, um die Völker aus Armut, Not und Unkultur zu befreien und sie auf die Stufe eines von ihnen früher kaum erträumten Menschentums zu heben.

11. November

Hugo Kramer